

Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.02.1998
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Bürgerhaus Barenburg

Anwesend:

Vorsitzende
Grix, Helga

SPD-Fraktion
Mecklenburg, Rico
Meyer, Elfriede
Tamminga, Jenny

CDU-Fraktion
Hellmann, Uwe

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Strelow, Günter

FDP-Fraktion Grundmandat
Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Grix, Wilhelm
Keller, Diana
Meinen, Regina

Beratende Mitglieder
Eilers, Carola
Fekken, Okka
Herbst, Martin
Lier, Michael
Ouedraogo, Abdou
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlußfähigkeit fest.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Frau Grix verpflichtet das beratende Mitglied Martin Herbst gem. § 28 NGO.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.11.1997

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.11.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Investitionszuschüsse für Kindergartenträger
Vorlage: 13/443

Herr Saathoff trägt vor, daß nach dem Haushaltsplanentwurf 1998 50.000,-- DM für Investitionszuschüsse für Kindergartenträger zur Verfügung stünden. Diese sollen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 1998 für notwendige Investitionen gezahlt werden.

Der Kindergarten St. Michael erhält 10.000,-- DM für die Grundrenovierung und Installation einer Lichtenanlage und Bewegungsmelder gegen den Schutz vor Einbruch.

Für die Anschaffung eines Außenspielgerätes erhält der Kindergarten Wolthusen einen Zuschuß in Höhe von 8.500,-- DM.

Ferner erhält der Kindergarten Wolthusen einen Restzuschuß für die Dachflächensanierung in Höhe von 16.659,68 DM. 50.000,-- DM seien dem Träger bereits 1997 überwiesen worden. Die Stadt hat die Übernahme von 50 % der Gesamtkosten von 133.319,36 DM zugesagt.

Einen Zuschuß in Höhe von 11.000,-- DM erhält der Kindergarten Klein-von-Diepold-Straße für eine neue Inneneinrichtung und Außenspielgeräte.

Beschluss:

Für folgende Kindergärten sollen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 1998 Zuschüsse für notwendige Investitionen gezahlt werden:

- 1) Kath. Kindergarten St. Michael:
10.000,-- DM für Grundrenovierung und Installation einer Lichtenanlage und Bewegungsmelder
- 2) Kindergarten Wolthusen:
8.500,-- DM Zuschuß für Anschaffung eines Außenspielgerätes
- 3) Kindergarten Wolthusen:
16.659,68 DM Restzuschuß für Dachflächensanierung des Kindergartens
- 4) Kindergarten Klein-von-Diepold-Straße
11.000,-- DM Zuschuß für Inneneinrichtung und Außenspielgerät

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

- a. Bericht des Arbeitskreises "Schule und Jugendhilfe"
Vorlage: 13/440

Frau Kohnen berichtet über die Entstehung des Arbeitskreises "Schule und Jugendhilfe". Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe sei erstmalig 1992 in den Schulleiterkonferenzen erörtert worden, und zwar in Zusammenhang "mit Schuleschwänzen". Das Thema Schule und Sozialarbeit sei Ende 1993 im Rahmen einer zweitägigen Fortbildung noch intensiver behandelt worden. Initiatoren dieser Veranstaltung seien das Schulaufsichtsamt, der Soziale Dienst und die Frauenbeauftragte gewesen. Danach sei der Arbeitskreis "Schule und Jugendhilfe" gegründet worden. Er bestand aus folgenden Mitgliedern: Vertreter/Innen von 8 verschiedenen Schulen, 3 Mitarbeiter/Innen des Sozialen Dienstes, die Schulpsychologin und die Frauenbeauftragte. Später folgte eine Erweiterung des Arbeitskreises durch Mitarbeiter/Innen der Jugendförderung, Erziehungsberatungsstelle, freier Träger und der Fachhochschule.

Durch den Erlaß des Nds. Kultusministeriums vom 25.01.1994 sei die Arbeit des Arbeitskreises bestätigt worden. Dieser Erlaß beinhaltet u. a. die Aussage, daß Schule und Jugendamt neben den Erziehungsberechtigten das gemeinsame Ziel haben, Erziehung und Bildung junger Menschen zu fördern. Von daher leite sich der Auftrag zur ständigen und engen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ab.

Herr Dietz ergänzt, daß unter der Vorgabe dieses Erlasses die Arbeit fortgesetzt worden sei. Ende 1996 sei eine weitere gemeinsame Fortbildungsveranstaltung zu dem Thema "Kooperationsmöglichkeiten von Schule und Sozialarbeit im Bereich Mädchen und Jungenarbeit zum Thema Gewalt" angeboten worden. In Kooperation Schule und Jugendhilfe seien verschiedene Projekte entwickelt und durchgeführt worden, und zwar zu den Schwerpunkten Wen-do-Kurse, Antiaggressionstraining, Geschlechtsspezifische Arbeit und Theaterprojekte.

Herr Dietz stellt die einzelnen Projekte vor und betont, daß diese sehr gut angenommen worden seien, z. B. habe sich nach einem Antiaggressionstraining für Jungen eine Jugendgruppe gebildet.

In der sich daran anschließenden Diskussion betont Frau Fekken, daß es erforderlich ist, Projekte kontinuierlich anzubieten.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, daß es teilweise auch an Haushaltsmitteln fehle, so sei z. B. ein Projekt der Wallschule durch ehrenamtliches Personal veranstaltet worden. Er stelle sich die Frage, wie der Erlaß finanziell umzusetzen sei.

Frau Fekken ergänzt, daß mehr Ideen als Geld vorhanden seien. Ein weiteres Problem sei, daß das Schulaufsichtsamt nach Aurich verlagert worden sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- b. Zwischenbericht zum Stand der Verwaltungsreform

Herr Potthast erläutert den derzeitigen Sachstand der Verwaltungsreform und geht hier spezifisch auf den neu gebildeten Fachbereich V (Sozialamt, Gesundheitsamt und Jugendamt) ein. Es sei notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Emden wieder herzustellen unter Berücksichtigung eines jährlichen Haushaltsdefizits von 20. Mio. DM. Als wirksame Mittel nennt er die Einnahmeverbesserungen, Ausgabenreduzierung sowie die Produktivitätsverbesserung im Verwaltungshandeln. Als Beispiele führte er ferner aus: Eine Verbesserung der Organisation (Vernetzung der Gebäude), bessere Organisationsformen z. B.

- optimierte Regiebetriebe
- besseres Rechnungswesen
- neues Steuerungsmodell (NSM)

mit Verwaltungsvorstand, Steuerungsdienst, Fachbereichen und Fachdiensten.

Herr Potthast ergänzt, daß der Rat die Richtlinien , nach denen die Verwaltung geführt werden soll, aufstellt und verweist auf den Grundsatzbeschluß des Rates vom 04.12.1997. Hiernach strebe der Rat eine Verwaltungsorganisation nach dem sogenannten NSM der KGST an. Die hauptsächlichlichen Merkmale des NSM seien die Delegation von Entscheidungsbefugnissen und Verantwortung, die Produktbildung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie das Kontraktmanagement. Die Umsetzung solle in einzelnen Schritten erfolgen, und der Fachbereich Jugend, Gesundheit und Soziales diene als Pilotprojekt. Dieser Fachbereich bestehe in der ersten Phase aus der Fachbereichsleitung und neun Fachdiensten. Zu einem späteren Zeitpunkt, evtl. Phase 4, sei die Reduzierung auf 5 Fachdienste angedacht. Herr Potthast erklärt diesbezüglich, daß der Fachbereich laut Stellenplan 1998 mit 11 Mio. DM Personalkosten jährlich und 161 Bediensteten zu Buche schlage. Die Umsetzung sei allerdings nur mit Hilfe aller Bediensteten möglich, und zwar durch die Bildung einer Koordinierungsgruppe im Fachbereich und durch Bildung von Arbeitsteams z. B. "Kosten- und Leistungsrechnung" "Produktbildung".

Nach der ausführlichen Darstellung von Herr Potthast zum NSM ergibt sich eine intensive Diskussion darüber, wie man Produktivität sowie Begriffe wie Kosten- und Leistungsrechnung und Kontraktmanagement in diesem sensiblen sozialen Bereich überhaupt messen und umsetzen kann. Herr Sprengelmeyer äußert Bedenken bezüglich der Ämterauflösung gerade unter Beachtung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Herr Grix schlägt vor, die Jugendhilfeplanung abzuwarten, bevor mit der Produktbildung und Zielorientierung begonnen werde. Herr Potthast schlägt vor, die bisherigen Aufgaben im Rahmen einer Produktbildung neu zu definieren. Hier sei noch eine externe Beratung möglich für die inhaltliche Gestaltung, z. B. durch die KGST. Die Produktpläne seien als Ausgangssituation der Arbeitsgruppen anzusehen. Zur Auflösung der Ämterstruktur äußert sich Herr Potthast dahingehend, daß diese nur in andere organisatorische Formen gegossen würden. Rein organisatorisch gehöre das Jugendamt zum Fachbereich. Er betont nochmals, daß die Produktbildung im Fachbereich mit Hilfe des KGST anfangen müsse.

Frau Tamminga merkt an, daß die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mit der Forderung, Produkte zu bilden, überfordert seien. Es sei aber wichtig, die gesetzlichen Aufträge der Jugendhilfe zu erhalten und sicherzustellen.

Herr Strelow sieht es als sehr schwierig an, wenn in der Verwaltung Methoden aus der Privatwirtschaft eingeführt werden sollen.

Herr Potthast erwidert, daß es sehr wichtig und notwendig sei, den Jugendhilfeausschuß an der Umsetzung des NSM zu beteiligen und schlägt vor, bei jeder Jugendhilfeausschußsitzung den Tagesordnungspunkt "Stand der Verwaltungsreform" anzuführen. Er räumt ein, daß es anfangs Schwierigkeiten geben könne, aber er sehe auch in der Umsetzung gute Chancen.

Herr Dr. Beisser sagt, daß Anlehnungen aus der Privatwirtschaft nicht nur schlecht seien. Es sei wichtig, effizient und zielgerichtet zu arbeiten.

Herr Mecklenburg legt Wert darauf, daß die Eigenständigkeit dieses Bereiches gem. den Vorstellungen des KJHG betont werden solle. Ein eigenes Budget sei wichtig. Er warne aber vor einem Anwachsen der Bürokratie.

Herr Dr. Beisser gibt als negatives Beispiel für bisheriges Handeln die "Kinder- und Jugendpsychiatrie" an. Hier seien die Zuständigkeiten nie richtig geregelt gewesen. Somit sei eine klare Definition vorzunehmen.

Herr Grix bemerkt, daß man die Chance wahrnehmen solle. Die Einbeziehung des Jugendhilfeplanes sollte parallel erfolgen. Seiner Meinung nach gehören Schule und Jugendhilfe allerdings näher zusammen.

Herr Sprengelmeyer betont, daß alle die Reform wollen und macht den Vorschlag, bestimmte Themenabende zu organisieren, um der schwierigen Thematik näherzukommen.

Herr Potthast bedankt sich für die unterschiedlichen Wortbeiträge und sieht darin einen positiven Aspekt, auf einen gemeinsamen guten Weg kommen zu können. Die Bedenken könne er akzeptieren, diese seien aber in guten Händen, zumal Anwesende im Jugendhilfeausschuß und in der Verwaltung tätig sind.

Herr Saathoff hält es für wichtig, darauf hinzuweisen, daß das Jugendamt und der Jugendhilfeausschuß eine organisatorische Einheit sei. Gesetzliche Vorgaben, z. B. das Beschlußrecht in Haushaltsangelegenheiten dürfen bei den anstehenden Reformen nicht geschmälert werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- c. Ferienpaßaktion 1998
Vorlage: 13/442

Herr Sprengelmeyer stellt die Ferienpaßaktion 1998 vor. Rückblickend auf die Ferienpaßaktion der Jahre 1996 und 1997 stellt er fest, daß es zwar gelang, ein erweitertes Angebot für Jugendliche zu erstellen, jedoch seien diese Angebote nicht dementsprechend angenommen worden. Dadurch, daß Jugendliche mit dem bisherigen Programm nicht erreicht werden können, soll der Ferienpaß 1998 anders gestaltet werden. Die Jugendlichen sollen demnach an einem Programm partizipiert und beteiligt werden. Unter dem Motto "Junge Emden Szene" werde ein eigenständiges Jugendprogramm entwickelt. Das erste Treffen mit Jugendlichen habe bereits stattgefunden. Hier werde konkret gearbeitet und der erste wichtige Ansatz sei, daß in allen Stadtteilen Jugendliche aktiviert würden. Für die Planung des Ferienpasses ist der Sozialarbeiter i. A. Detlef Denkena zuständig. Die Aktion wird wiederum gemeinsam mit der Gemeinde Hinte durchgeführt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- d. Jugendhilfeplanung, Freizeitangebote und -einrichtungen im Stadtteil Barenburg
Vorlage: 13/439

Herr Meister erläutert, daß die Jugendhilfeplanung an einem sozialraumorientierten Ansatz ausgerichtet sei. Das gesamte Spektrum der Aufgaben des KJGH sei in die Sektionen

- Freizeit
- tagesstrukturierende Maßnahmen sowie
- Hilfen zur Erziehung

untergliedert.

Ein erstes Ergebnis der sozialraumorientierten Jugendhilfeplanung liege nun vor, und zwar ausgerichtet auf den Stadtteil Barenburg. Hier seien 19 Barenburger Einrichtungen und Anbieter im nicht kommerziellen Freizeitbereich interviewt worden. Als Ergebnisse dieser Befragung seien zu nennen, daß nicht kommerzielle Freizeitangebote vorwiegend für Kinder und Jugendliche im Schulalter gemacht werden, daß die Zahl der sportlichen Angebote hoch sei und dies ein wesentlicher Bereich im Freizeitverhalten der Jugendlichen sei. Die Einrichtungen und Angebote der Jugendarbeit seien überwiegend in der Woche geöffnet, die Mehrzahl der Einrichtungen aber erst ab 14.00 Uhr. Inhaltlich gebe es keine Angebote im Bereich der neuen Medien. Die Kinder- und Jugendarbeit werde in hohem Maße durch ehrenamtliches Engagement getragen.

Auf der Grundlage der vom Jugendhilfeausschuß beschlossenen Sozialraumgliederung werden derzeit Stadtteilkonferenzen in den weiteren Sozialräumen vorbereitet.

Herr Meister erläutert seine Auswertungen anhand von umfangreichen Statistiken, die dem Jugendhilfeausschuß vorgestellt werden. Die Untersuchung des Stadtteils Barenburg ergab ferner, daß dort nicht überdurchschnittlich viele Jugendliche leben. Auffällig sei aber der Schulbereich, nur 14 % der Schüler dieses Stadtteils wechseln auf das Gymnasium während z. B. von der Wallschule jeder 2. dorthin wechselt. Auffällig sei ferner der hohe Anteil von Räumungsklagen in Barenburg im Vergleich zu anderen Stadtteilen. Ferner weise der Stadtteil die mit Abstand höchste Zahl an Sozialhilfeempfängern sowie einen hohen Anteil von Aussiedlern, Arbeitslosen und Alleinerziehenden auf.

Herr Dr. Beisser äußert seine Probleme mit den dargestellten Statistiken, worauf Herr Sprengelmeyer betont, daß noch keine Bewertung vorgenommen worden sei. Frau Keller ist dafür, daß vorerst jegliche Bewertung unterlassen werden solle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Anfragen

Herr Grix verläßt die Sitzung um 18.45 Uhr.

Herr Strelow bemängelt, daß seine Anfrage bezüglich der Schließung der Kinder- und Jugendpsychiatrie seitens des Oberstadtdirektors nicht beantwortet worden sei. Er hält es für wichtig, daß der Ausschuß darüber zu informieren sei und fragt an, ob es inzwischen Lösungsvorschläge gäbe.

Herr Mecklenburg erwidert, daß der Jugendhilfeausschuß sich in der letzten Sitzung intensiv mit diesem Thema beschäftigt habe, und daß der Arbeitskreis Gespräche verschiedenster Art geführt habe. Man müsse nun abwarten, wobei ein gewisser Optimismus durchaus angesagt sei.

Frau Fekken ergänzt, daß der Arbeitskreis bereits Empfehlungen erarbeitet und an die Verwaltung weitergegeben habe. Die Krankenkassenärztliche Vereinigung müsse das Produkt zur Verfügung stellen. Ein Gespräch seitens der Verwaltungsspitze sowie der Krankenkassenärztlichen Vereinigung sei geführt worden. Sie sei diesbezüglich ebenfalls optimistisch. Die Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung könne somit evtl. sichergestellt werden.

Herr Sprengelmeyer weist im Auftrag von Herrn Grix daraufhin, daß eine Initiativgruppe für ein neues "Festival Knock-In" gestartet wird. Im Jugendhilfeausschuß sollte reflektiert werden, ob und wie es weitergeht.

Herr Sprengelmeyer weist auf den Termin am 09.05.1998 hin, wonach ein Streetballturnier stattfindet und zwar unter dem Motto "Gegen Gewalt und Rassismus". Des weiteren weist er auf eine Broschüre hin, wonach die Sommerfahrten und Freizeitfahrten für Ferienfreizeitmaßnahmen aufgeführt sind.

Die Beschlüsse wurden gem. § 34 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.10 Uhr.